

Vorstellungen auch eine Erweiterung der Pachtfelder vorgesehen war, wollten aber dafür erhebliche Konzessionen in einem geschlossenen Gebiet an der französischen Grenze. Ein solcher Vorschlag widersprach nicht nur der allgemeinen Forderung der saarländischen Parteien, sondern mußte auch die nationalen Bedenken, die gegen eine solche Regelung der Grubenfrage erhoben worden waren, hervorrufen. In Gesprächen Simsons mit Reichskanzler Brüning und dem Reichsaußenminister am 26. und am 28. Mai entschloß man sich zur Ablehnung der französischen Vorschläge¹⁸². Pernot teilte daraufhin am 28. Juni 1930 mit¹⁸³, daß Briand und Tardieu der Auffassung seien, daß der Verzicht auf die Grubenfrage Frankreich nicht möglich sei. Tardieu würde gestürzt, wenn er eine andere Haltung einnehme. Hoesch legte in einem Telegramm vom 30. Juni¹⁸⁴ ebenfalls dar, er glaube, daß es der Regierung tatsächlich unmöglich sei, den Saarvertrag ohne die Grubenzugeständnisse in der französischen Kammer durchzubringen. Am 6. Juli wurde ein gemeinsames Kommuniqué ausgearbeitet und am 7. Juli schlossen die Verhandlungen¹⁸⁵ und wurden nicht wieder aufgenommen¹⁸⁶.

Der Abbruch der Saarverhandlungen wegen der Grubenfrage war nicht nur mehr eine Angelegenheit der französischen Regierung, sondern auch eines erheblichen Teiles des französischen Volkes. In Frankreich hatte die Saarfrage im Zuge der Verhandlungen in steigendem Maße eine Relation zu allgemeinen nationalen Fragen gewonnen. Hatte die Association Française de la Sarre für die Rechtskreise bereits das Saarproblem zur französischen Sicherheit in Beziehung gesetzt, so hatte die Briandsche Formel von der „gage“ und „coopération“ in den Kreisen der verständigungs- und verhandlungsbereiten Franzosen zur Entwicklung immer konkreterer Vorstellungen von der Errichtung eines Systems deutsch-französischer Zusammenarbeit an der Saar geführt. Alle diese Pläne sahen eine beachtliche französische Grubenbeteiligung vor. Ein Beispiel dafür ist der von den saarländischen Sozialdemokraten immer als Kronzeuge für die internationale Verständigungspolitik genannte sozialistische Abgeordnete Grumbach. Dieser war wiederholt für eine politische Rückgliederung der Saar und gegen eine Privatisierung der Saargruben eingetreten, führte jedoch in seiner Kammerrede am 21. November 1929 über eine Regelung der Saarfrage aus:

„Il ne faut pas oublier que le régime transitoire douanier doit durer, si possible, au delà de 1935.“

¹⁸² Ebenda, Bd. 10, II SG 1184 und 1185. ¹⁸³ Ebenda, Bd. 10, II SG 1375.

¹⁸⁴ Ebenda, Bd. 10, II SG 1380.

¹⁸⁵ Ebenda, Bd. 10, II SG 1422.

¹⁸⁶ Für die Darstellung in Hoffmann, Das Ziel war Europa, Der Weg der Saar 1945—1955, Mü. u. Wien 1963, S. 31, daß Brüning 1931/32 mit ital. Vermittlung Saarverhandlungen mit konkreten Ergebnissen geführt habe, konnte die Verf. weder in den Akten des A.A. noch d. Reichskanzlei Unterlagen finden. Ein Gutachten v. Legationsrat Voigt v. 27. 4. 1932 über d. Saarfrage II SG 776 spricht ausdrücklich davon, daß Verhandlungen nach 1930 nicht mehr stattgefunden haben (A.A. II Bes. Geb., Saargeb., Rückgl. Bd. 11 u. Pol. Angeleg. Bd. 42 u. BA R 431/252). — Von dem Plan Brünings zur Revision v. Versailles (mit sofortiger Rückgl. d. Saar) durch eine internat. Konferenz unter d. Patronat König Alberts v. Belgien u. entsprechenden privaten Vereinbarungen zwischen dem König u. Brüning berichtet Wheeler-Bennett, Wooden Titan, London 1936, S. 379 f. Vgl. Wambaugh, a. a. O., S. 109 Anm. 11.